

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Unser Tag. 1947-1949 1947

84 (29.10.1947)

UNSER TAG

VOLKSZEITUNG FÜR BADEN

FORS

2. Jahr Nr. 84 / 20 Pfg.

ORGAN DER KOMMUNISTISCHEN PARTEI

Mittwoch, 29. Oktober 1947

Die Demontagen in der französischen Zone

Baden-Baden. Der Vertreter des französischen Oberbefehlshabers im Kontrollrat, General Noiret, überreichte dem Koordinationsausschuß eine Liste von 170 Fabriken in der französischen Zone, die in etwa 255 Anteilen an die Länder verteilt wurden, welche Anspruch auf Reparationsleistungen haben.

Diese Liste enthält 31 Fabriken, die bereits der Sowjetunion und der interalliierten Reparationsagentur zugeteilt wurden. Sie hat den Zweck, die Durchführung der Reparationsleistungen fortzusetzen.

Unter den zur Verfügung gestellten Betrieben befinden sich folgende:

Mausier-Werke A.G. (Oberndorf),
Dornier-Werke GmbH. (Friedrichshafen),
Luftschiffbau Zeppelin GmbH. (Friedrichshafen)
Maybach Motoren GmbH. (Friedrichshafen),
Tscheulinwerk (Teningen b. Emmendingen),
Deutsche Gold- und Silberscheidanstalt „Degussa“ (Rheinfelden),
Gebr. Junghans, Uhrenwerke (Schwenningen).

Die angekündigte Durchführung der großen Industriemontage hatte eine außerordentliche Beunruhigung in unserer Bevölkerung verursacht. Vor allem ist nun wichtig, daß Klarheit in der Öffentlichkeit darüber geschaffen wird, um welche genaue Zahl und welche Werke es sich handelt, nachdem in der Bizonne die Werke bereits namentlich bekannt gegeben worden sind.

UNSER TAG brachte am letzten Freitag eine eigene Meldung aus Baden-Baden, wonach auf der Pressekonferenz bei der Militärregierung mitgeteilt wurde, daß die Demontage von 300 Fabriken von der französischen Militärregierung angemeldet worden sei — gegenüber 682 Werken in der amerikanisch-englischen Bizonne. Zu gleicher Zeit wurde aus Berlin eine Meldung verbreitet, daß 31 Fabriken bereits der interalliierten Reparationsagentur in Brüssel zur Verfügung gestellt worden seien. Die obige neueste Meldung spricht nun von 170 Fabriken, die von General Noiret in einer Liste dem Koordinationsausschuß bereits überreicht worden sei. Namentlich werden leider hiervon nur sieben Werke genannt. Da der Abbau jedes einzelnen Werkes für die betroffenen Arbeiter und Angestellten von einschneidender Bedeutung für die Zukunft ist, sollten vor allem schnell Einzelheiten bekannt gegeben werden, ob die von ausländischen Sendern genannten Firmen stimmen oder nicht stimmen.

Mit den von den Alliierten vorgelegten Demontagelisten bekommt das deutsche Volk die bisher härteste Rechnung für die Verbrechen präsentiert, die der Nationalsozialismus mit seinem Terror und Krieg der Welt zugefügt hat. Das deutsche Volk weiß, daß es diese Rechnung bezahlen muß, wenn es sie auch auf Helfer und Pfennig überhaupt nicht bezahlen kann. Aber es kann überhaupt nur bezahlen, wenn ihm die Möglichkeit gegeben wird, durch fleißige Arbeit neue Werte zu schaffen, mit denen die Wiedergutmachung geleistet werden kann. Soweit es sich um Kriegsbetriebe handelt, unterliegen diese nach den Potsdamer Beschlüssen zwangsweise der Demontage. Jedoch alle Betriebe, deren Produktion der Deckung des Friedensbedarfs dient und die für den Export arbeiten können, sollten vor der Demontage geschützt werden.

Wir sehen den Demontagenotwendigkeiten besonnen ins Auge, da dadurch unser Schuldkonto entlastet werden muß. Wir lehnen insbesondere die von unterirdischen Kräften jetzt wild geschürte Hetzpropaganda gegen andere Völker ab. Statt die Kriegsverbrecher aus ihren Machtpositionen zu entfernen, dient diese Hetze nur der Verschleierung der Schuld der Konzernherren, Bankiers und Militaristen.

Insbesondere vertreten wir den Standpunkt, daß es jetzt an der Zeit ist, auch in unserer Zone erneut die Frage zu stellen, von wem unsere verbleibende Wirtschaft geführt werden soll. Wir sehen ringsum, daß im politischen und wirtschaftlichen Leben seit der Kapitulation sich ausgesprochen reaktionäre Kräfte zunehmend der

Schlüsselstellungen bemächtigen. Diese sind gegen den Fortschritt und wollen vor allem den Arbeitern das Recht über die Kontrolle ihrer Betriebe streitig machen, um rücksichtslos wieder „Herren im Hause“ zu sein. Das verlangt klar und deutlich die Forderung, nun endlich in unserer Zone den Nazismus zu demontieren! Eine entscheidende Aufgabe, die die primäre Voraussetzung allen Fortschritts ist und die in über zwei Jahren Entnazifizierungspraxis nicht durchgeführt werden konnte. Leider ist die Befreiung vom Nationalsozialismus kein revolutionärer Akt politischer Reinigung gewesen. Aber ohne eine schmerzhaft Operation für die wirklich Schuldigen fehlt jede Voraussetzung für die Gesundung des deutschen Lebensorganismus. In diesem Zusammenhang muß auch klar die

Erholung der europäischen Wirtschaft durch Demontagen gefährdet

Frankfurt. Zum eingehenden Studium der Demontageliste waren die Ministerpräsidenten der Bizonne zusammengetreten, wobei der Direktor für Verwaltung über den bisher außerhalb der Demontageliste schon durchgeführten Abbau industrieller Anlagen berichtete. In der britischen Zone seien voraus 3300 Einzelmaschinen entnommen worden und weitere 1800 Maschinen seien beschlagnahmt. Er wies auch auf den Verlust des in vielen Jahrzehnten geschaffenen deutschen Erfindergutes hin.

In einer gemeinsamen Entschließung der Ministerpräsidenten heißt es, daß die Demontageliste einen einseitigen Akt der beiden Militärregierungen darstelle, bei der keine deutschen Stellen mitgewirkt hätten, der tief in den Organismus der deutschen Wirtschaft eingreife und schwere Folgen habe. Die Verantwortung trafe somit ausschließlich die Besatzungsmächte. Das deutsche Volk anerkenne die Verpflichtung zur Wiedergutmachung, sehe aber in der Demontageliste die ihm präsentierte Rechnung für die verbrecherische Politik der nazistischen Gewalthaber. In dieser Art bedrohe die Wiedergutmachung das Leben des deutschen Volkes, die Einordnung Deutschlands in die Gemeinschaft der Völker und in den europäischen wirtschaftlichen Aufbau. Der Demontageplan stehe im Widerspruch zu der Erklärung der Besatzungsmächte, daß die Reparationsleistungen die Erholung der europäischen Wirtschaft nicht gefährden dürften.

Arbeitsminister Koch (Württemberg-Baden) wies auf die verhängnisvollen Fernwirkungen der Demontagen hin, da sich nicht allein die Kapazität der zu demontierenden Fabriken verringere, sondern die Produktion der mit ihnen arbeitsteilig verbundenen Betriebe geschädigt werde.

Fehlgeschick der Stahlproduktion

Düsseldorf. Bei der Unterredung mit dem Vertreter der britischen Militärregierung über die Durchführung der Demontagen wies Wirtschaftsminister Nöbling darauf hin, daß die von alliierter Seite festgesetzte Stahlkapazität für die deutsche Friedenswirtschaft von 10,7 Millionen Tonnen nicht den Tatsachen entspräche.

General de Gaulle fordert Neuwahlen zur Nationalversammlung

Paris. General de Gaulle veröffentlichte eine Erklärung, in der es heißt:

Durch das Wahlergebnis wurde das den Staat zur Ohnmacht führende Regime der Verwirrung und Zersplitterung abgelehnt. Die augenblickliche Regierung sieht sich ihrer legitimen Basis, auf der das Vertrauen der Nation beruht, beraubt. Sie versucht daher, die Ergebnisse der Parteien zusammenzufassen, die jedoch nur eine schwache Minderheit ergeben. In dieser Lage gibt es keine andere Verpflichtung und auch keine andere demokratische Lösung, als dem Land zu helfen. Man muß aus der legitimen Quelle, also aus dem durch die Abstimmung dokumentierten Volkswillen die dringende Forderung nach einer unentbehrlichen Autorität, die an der Spitze der Republik steht, ableiten. Die derzeitige Na-

tionalsammlung muß so schnell als möglich aufgelöst werden, allerdings nicht ohne, daß eine neue Wahlordnung, die auf der direkten Mehrheit basiert, eingeführt wird, um dem zukünftigen Parlament eine zusammenhängende Mehrheit zu geben.

Der zweite Wahlsonntag in Frankreich
Paris. Im zweiten Wahlgang wurde am Sonntag in den Gemeinden unter 9000 Einwohnern gewählt. Etwa 11,7 Millionen Wähler, das sind etwa 47,3 % der Wählerschaft, nahmen daran teil. (Das ziffernmäßige Wahlergebnis der zweiten Sonntagswahl, nach Parteien aufgeteilt, liegt bei Redaktionsschluß noch nicht vor.)

Volksinitiative

Berlin. „Es geht heute darum, nach Sicherung der Grundlagen der demokratischen Ordnung zu beweisen, daß die demokratische Wirtschaft, vor allem die Produktion in den volkseigenen Betrieben, den großkapitalistischen Betrieben Westdeutschlands überlegen ist“, sagte Walter Ulbricht auf einer Tagung in Potsdam. Die privatkapitalistische Initiative müsse durch die Volksinitiative übertroffen werden, und die volkseigenen Betriebe, die die Grundlage der Wirtschaftsplanung bildeten, müßten in der Entwicklung neuer Methoden zur Produktionssteigerung beispielhaft vorgehen.

Ulbricht wies weiter auf die Bedeutung der Volkskontrollausschüsse hin, die in Sachsen bei der Bekämpfung des schwarzen Marktes bereits Erfolge zu verzeichnen hätten, und regte deren Einrichtung auch für die andern Länder der Ostzone an.

Warschau. In der Nähe der Stadt Siedlice wurde ein Massengrab mit etwa 20000 russischen Kriegsgefangenen entdeckt.

Man sei dabei von 19,2 Millionen to Friedenskapazität ausgegangen. Diese habe aber tatsächlich nur 12,8 Millionen to betragen. Durch die Demontagen würde diese tatsächliche Menge um 3 Millionen to verringert, und der verbleibende Rest der Anlagen könne infolge seines mangelhaften Zustands nur zu 80 Prozent ausgenutzt werden.

Verzweiflungsstimmung bei den Belegschaften

Bad Pyrmont. Die zu einer interzonalen Tagung versammelten Gewerkschaftsvorsitzenden aller vier Zonen brachten vor 15 ausländischen und 30 deutschen Pressevertretern in einer Resolution über die Demontagen zum Ausdruck, daß diese zur Ursache einer tiefgreifenden Arbeitslosigkeit werden könnten. Es lägen den Gewerkschaften schon eine große Anzahl von Meldungen vor, wonach sich in den von den Demontagen unmittelbar oder mittelbar betroffenen Belegschaften und damit in weiten Kreisen der Arbeiterschaft eine Verzweiflungsstimmung zeige.

Messefirmen werden demontiert

Hannover. Auf der Demontageliste der Bizonne stehen Firmen, welche auf der Export- und Industriemesse ausgestellt und sich somit als wertvolle Aufbaufaktoren der Friedenswirtschaft erwiesen haben. Diese Betriebe stellen mehr als 10 Prozent der für Voll- und Teildemontage vorgesehenen Industriewerke der Demontageliste dar.

Demontageplan unwirtschaftlich

Berlin. Die Mitglieder des amerikanischen Haushaltsausschusses, die auf ihrer Europareise Deutschland besuchten, haben in einer Pressekonferenz erklärt, es sei absolut unwirtschaftlich, hunderte von Millionen Dollar für den Aufbau der deutschen Wirtschaft zu verwenden, wenn man zur gleichen Zeit Produktionsmittel zerstöre, die Deutschland die Selbstversorgung ermöglichen würden. Es sei zweckmäßiger, Deutschland einer vierzigjährigen Kontrolle zu unterziehen, um eine Neubildung des Kriegspotentials zu verhindern.

General de Gaulle fordert Neuwahlen zur Nationalversammlung

Paris. General de Gaulle veröffentlichte eine Erklärung, in der es heißt:

Durch das Wahlergebnis wurde das den Staat zur Ohnmacht führende Regime der Verwirrung und Zersplitterung abgelehnt. Die augenblickliche Regierung sieht sich ihrer legitimen Basis, auf der das Vertrauen der Nation beruht, beraubt. Sie versucht daher, die Ergebnisse der Parteien zusammenzufassen, die jedoch nur eine schwache Minderheit ergeben. In dieser Lage gibt es keine andere Verpflichtung und auch keine andere demokratische Lösung, als dem Land zu helfen. Man muß aus der legitimen Quelle, also aus dem durch die Abstimmung dokumentierten Volkswillen die dringende Forderung nach einer unentbehrlichen Autorität, die an der Spitze der Republik steht, ableiten. Die derzeitige Na-

Volksinitiative

Berlin. „Es geht heute darum, nach Sicherung der Grundlagen der demokratischen Ordnung zu beweisen, daß die demokratische Wirtschaft, vor allem die Produktion in den volkseigenen Betrieben, den großkapitalistischen Betrieben Westdeutschlands überlegen ist“, sagte Walter Ulbricht auf einer Tagung in Potsdam. Die privatkapitalistische Initiative müsse durch die Volksinitiative übertroffen werden, und die volkseigenen Betriebe, die die Grundlage der Wirtschaftsplanung bildeten, müßten in der Entwicklung neuer Methoden zur Produktionssteigerung beispielhaft vorgehen.

Ulbricht wies weiter auf die Bedeutung der Volkskontrollausschüsse hin, die in Sachsen bei der Bekämpfung des schwarzen Marktes bereits Erfolge zu verzeichnen hätten, und regte deren Einrichtung auch für die andern Länder der Ostzone an.

Warschau. In der Nähe der Stadt Siedlice wurde ein Massengrab mit etwa 20000 russischen Kriegsgefangenen entdeckt.

Man sei dabei von 19,2 Millionen to Friedenskapazität ausgegangen. Diese habe aber tatsächlich nur 12,8 Millionen to betragen. Durch die Demontagen würde diese tatsächliche Menge um 3 Millionen to verringert, und der verbleibende Rest der Anlagen könne infolge seines mangelhaften Zustands nur zu 80 Prozent ausgenutzt werden.



Sozialismus und Kommunismus

Nachdem mit Prof. Dr. C. Schmid's demagogischer Rede auf dem Offenburger Parteitag der SP die hamoverische Kommunisten- und Sowjethetze auch in Südbaden ihren Einzugs gehalten hat, müssen wir ebenfalls auf diese Fragen hier zu sprechen kommen. Im nachstehenden Artikel wird mit der Lüge abgerechnet, daß die SED behauptet hätte, in der Ostzone sei bereits eine „beispielhafte Sozialisierung“ durchgeführt. Ebenso mit der Phrase, die auch Schmid von seiner Grammophonplatte ablaufen ließ, daß man in der Sowjetunion „keine Spur von Kommunismus“ entdecken könne. In Wahrheit wurden die Zustände in der Ostzone von keiner Seite als bereits beispielhaft sozialistisch bezeichnet und niemals davon gesprochen, daß in der Sowjetunion die angestrebte Wirtschaftsform des Kommunismus schon erreicht sei. Man kämpft demnach, wie Don Quichote, gegen Windmühlen.

Genosse Otto Grotewohl sprach auf dem 2. Parteitag der SED in bezug auf die Ziegenhainer SPD-Ideologen von einem Ignorantentum, das mit dummdreister Unbekümmertheit über Dinge urteilt, die es gar nicht kennt. Inzwischen sind gewisse SPD-Zeitungen redlich bemüht, immer neue Beweise für die Richtigkeit dieser Behauptung zu erbringen.

Unter Bezug auf die Feststellung der politischen Resolution des SED-Parteitags, daß es in der Ostzone noch keine sozialistischen Betriebe gibt, schreibt z. B. der Berliner „Telegraf“:

„Seit zwei Jahren hat man frisch und munter die Sozialisierung in der Ostzone als beispielhaft für alle Zonen hingestellt.“

Dieser Satz ist eine glatte Lüge! Niemals ist von verantwortlicher Stelle unserer Partei behauptet worden, in der Ostzone werde die Sozialisierung durchgeführt. Wir haben im Gegenteil unermüdet betont, daß unser Gegenwartsziel die konsequente Demokratisierung Deutschlands ist, daß wir damit erst die Voraussetzung für den Kampf um den Sozialismus schaffen wollen. Das kann man klar aus den „Grundsätzen und Zielen“ unserer Partei entnehmen, in denen der Kampf um die Gegenwartsforderungen (die Demokratisierung) klar vom Kampf um den Sozialismus getrennt ist. Man hätte es ebenso klar aus dem Gründungsmanifest entnehmen können, das Ostern 1946 beschlossen wurde und in dem es heißt:

„Die SED ist die Partei des Aufbaues einer antifaschistisch-demokratischen parlamentarischen Republik, die dem Volk alle Rechte der Meinungsfreiheit und Mitbestimmung sichert, volle Glaubens- und Gewissensfreiheit gewährt, aber Faschismus und Militarismus mit ihren Wurzeln vernichtet.“

Etwas weiter heißt es dann: „Die SED will aber bei dem Aufbau einer antifaschistisch-demokratischen Republik nicht stehenbleiben. Ihr Ziel ist die sozialistische Gesellschaftsordnung, die alle Ausbeutung des Menschen durch den Menschen aufhebt, den Klassengegensatz zwischen Armut und Reichtum beseitigt, den Frieden endgültig sichert und eine voll entfaltete Demokratie herbeiführt.“

Ich denke, diese Stellung ist klar und eindeutig. Worum wir heute in ganz Deutschland kämpfen, und was wir in der sowjetisch besetzten Zone zum Teil schon verwirklicht haben, das ist der Aufbau einer antifaschistisch-demokratischen parlamentarischen Republik. Unser Endziel dagegen ist die sozialistische Gesellschaftsordnung, deren grundlegende Voraussetzung die Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse ist! Diese dem Erfurter Programm der deutschen Sozialdemokratie entlehnte Feststellung sollte für jeden Marxisten eine Selbstverständlichkeit sein. Die Frage kann daher nur von Ignoranten oder Demagogen verwirrt werden.

Nicht besser steht es um eine zweite Frage. Man fällt über kommunistische Zeitungen her, wenn sie schreiben: „Niemand hat jedoch jemals behauptet, die Sowjetunion sei

Prozess Grafeneck im Februar?

Dr. Sprauer verhaftet

Freiburg. Wie wir erfahren, ist der frühere Ministerialrat im Badischen Innenministerium in Karlsruhe, Dr. Sprauer, der als der Hauptschuldige an den Euthanasie-Morden von Grafeneck zu betrachten ist, in Konstanz, wo er als „Schwerkranker“ sich bisher noch eines recht angenehmen Lebens erfreuen durfte, verhaftet und nach Freiburg verbracht worden.

Wie wir weiter erfahren, steht das Ermittlungsverfahren in Sachen Grafeneck jetzt nahe vor seinem Abschluß, so daß in Kürze mit der Erhebung der Anklage zu rechnen ist. Die Verhandlung dürfte etwa im Februar beginnen.

Mehr Essen und mehr Arbeit

London. „Times“ erklärte in einem Artikel „Das geteilte Deutschland“: Die Russen kamen mit einer bestimmten Politik an und haben an ihr festgehalten, und das bedeutet, daß die Deutschen unter ihnen weniger oder nichts von der politischen Unsicherheit durchmachen, von der ihre Landsleute zum Schaden ihrer Moral und ihres Arbeitswillens im Westen betroffen werden. In Ostdeutschland ist wenig von dem Gefühl zu merken, daß die großen Entscheidungen, die die Struktur des sozialen Lebens betreffen, noch getroffen werden müssen. Auf jeden Fall kommt der Besucher zu dem Eindruck der Sicherheit der sowjetischen Politik. Es gibt mehr zu essen, das ist wahr, aber es gibt auch mehr Arbeit. In einem weiteren Artikel warnen die „Times“, die Spaltung Deutschlands als unvermeidliches Ergebnis der Londoner Konferenz vorauszusetzen. Diese Spaltung würde nicht weniger als Deutschland selbst den wirtschaftlichen und politischen

Interessen aller Alliierten zuwiderlaufen. In der zwölften Stunde müsse unbedingt eine Einigung der Besatzungsmächte gefunden werden.

Solidarität

Budapest. (Südena-AFP). Der Landesauschuß der ungarischen Sozialdemokratischen Partei erklärte sich solidarisch mit der UdSSR, sowie mit allen Nationen und demokratischen Bewegungen, die für den Frieden und für die Freiheit kämpfen. Diese außenpolitische Linie gelte vor allem in dem Augenblick, in dem der internationale Imperialismus seine Angriffe gegen die Völker und Nationen richtet, die den Frieden wollen. Die Verhandlungen mit der kommunistischen Partei seien so schnell wie möglich und erfolgreich abzuschließen, um den Kampf gegen die Reaktion, die Kriegshetze und das Elend erfolgreich aufnehmen zu können.

kommunistisch." Daran knüpft der „Telegraf“ die Ausrufe:
„Nun schlägt's dreizehn. Niemand hat jemals so etwas behauptet? Da müssen wir uns teuflich geirrt haben. Wir hatten nämlich seit 1917 etwas anderes über Rußland gehört.“
Jawohl, Herrschaften. Ihr habt Euch teuflich geirrt, weil Ihr in Eurer Unkenntnis des Marxismus jedem beliebigen Spießbürger den Rang streitig macht. Karl Marx unterschied bekanntlich zwei Phasen der kommunistischen Gesellschaft, die in der neueren marxistischen Literatur als Sozialismus und Kommunismus bezeichnet werden. Das weiß jeder ABC-Schütze des Marxismus. Niemand hat ein führender Politiker der Sowjetunion behauptet, daß das Land bereits in die Phase des Kommunismus eingetreten sei. Was hat Stalin über die neue Sowjetverfassung aus dem Jahr 1936 gesagt?
„Unsere Sowjetgesellschaft hat erreicht, daß

den Sozialismus im wesentlichen schon verwirklicht, die sozialistische Gesellschaftsordnung errichtet, d. h., daß sie das verwirklicht hat, was bei den Marxisten sonst die erste oder untere Phase des Kommunismus genannt wird. Also ist bei uns die erste Phase des Kommunismus, der Sozialismus, im wesentlichen bereits verwirklicht. Das Grundprinzip dieser Phase des Kommunismus ist bekanntlich die Formel: Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seiner Leistung. Muß unsere Verfassung diese Tatsache, die Tatsache der Erinnerung des Sozialismus, zum Ausdruck bringen? Muß sie auf dieser Errungenschaft basieren? Unbedingt muß sie das. Sie muß das, weil der Sozialismus für die Sowjetunion das ist, was bereits erreicht und errungen ist. Aber die Sowjetgesellschaft hat noch nicht die Verwirklichung der höheren Phase des Kommunismus erreicht, in der das herrschende Prinzip die Formel sein wird: Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen, obgleich sie es sich zum Ziele setzt, in der Zukunft die höhere Phase des Kommunismus zu verwirklichen.“
Ich denke, auch das ist klar und eindeutig und kann nicht zu falschen Auslegungen Anlaß geben.
Wenn also in diesen beiden Fragen hoffnungslose Verwirrung an den Tag gelegt wird, wenn man nicht imstande ist, drei wesentlich verschiedene Phasen der gesellschaftlichen Entwicklung auseinander zu halten — die Phase des Aufbaus der demokratisch-parlamentarischen Republik, die Phase der Herrschaft der Arbeiterklasse und der Verwirklichung des Sozialismus und schließlich die Phase des Kommunismus — so gibt es dafür eben nur die eine Erklärung: Entweder sind das vollkommene Ignoranten des Marxismus, oder sie betreiben bewußte Demagogie, um die Arbeiter zu verwirren.

„Eichenlaub Er hat soeben den Ehren-doktor-Hut der katholisch-theologischen Fakultät der Johannes Gutenberg-Universität in Mainz bekommen — der frühere Oberregierungspräsident der Pfalz, Herr Dr. Otto Eichenlaub, nachmaliger „Kriegsberichterstatter“ in einer deutschen „Propagandakompagnie“. „Nouvelles de France“ berichten: Ursprünglich Oberregierungspräsident in der Pfalz, erwarb sich E. die „Schwerter“ zu seinem Namen mit einer bereits vor 1939 verfaßten Propaganda während des ersten Weltkrieges, das „Ruhmreiche“ feiernd, das Herr Goebbels nun auf diesem Gebiet für unser Volk leisten werde! Dann stieg er in den „wirklichen“ Kampf, den die Helden der Propagandakompagnien zumeist im sicheren Abstand von allem Feuer etwas rückwärts von der blutenden Front notierten, und schliff seinen Säbel dort ganz besonders. Ein paar Worte aus seinen Produkten aus der „Reinfront“ 1940: „Inzwischen hatte der Frühling seinen bunten Teppich über Berg und Tal in der Saarpfalz gebreitet... bis hierhin ist Herr Eichenlaub lyrisch. Mitten in dieses Idyll drang dann plötzlich die Fanfare des Führers, der die Soldaten des Westens zum großen Entscheidungskampf trieb. Von Holland bis Luxemburg kam jetzt die Westfront in Bewegung, stürmte die deutschen Soldaten siegreich vorwärts“ (von hier ab hört man gut genug das Messerwetzen!).
Aber es hat dem guten Eichenlaub doch nicht ganz zu A. H.'s. großen Zeiten zu jenem schönen Orden gereicht. Umso stolzer kann eine katholisch-theologische Universität sicher darauf sein, die Verdienste eines solchen herrlichen Mannes heute mit dem Hut des Ehrendoktors zu dekorieren!

Demokratische Bodenreform

In der kurzen Frist von zwei Monaten müssen die Länderregierungen der französischen Zone auf Grund der Verordnung von General Koenig Gesetze zur Bodenreform vorlegen. Damit ist der Kampf um die Schaffung einer demokratischen Bodenreform in ein neues und akutes Stadium getreten. Die kommunistische Partei fordert die entschuldigungslose Enteignung des Großgrundbesitzes, um dem vom Grundadel den Bauern in Jahrhunderten geraubten Boden wieder seinen rechtmäßigen Besitzern zuzuführen und die reaktionäre Vormachtstellung des Bodenbesitzes auf dem Lande zu brechen. Die Verordnung von General Koenig gibt nunmehr die Möglichkeit, die Aufteilung des Großgrundbesitzes sofort in die Tat umzusetzen.

Die Bodenreform ist aus staats- und sozialpolitischen, sowie auch aus ernährungswirtschaftlichen Gründen notwendig. Schon immer war der Großgrundbesitz der Fürsten, Barone und des Adels eine Brutstätte des Militarismus und der Herrschersucht. Ebenso bedeuten für die Pächter und Landarbeiter diese Großgrundbesitzer stetige Unsicherheit und Unterdrückung. Sie sind der Feind der Bauern überhaupt, denn auf sie wälzen sie alle Krisen ab. Die Entmachtung der Schuldigen, die bis zum Zusammenbruch Hitlerdeutschlands und heute noch die politische Führung auf dem Lande inne hatten und zu den Einpeitschern der Landräuberpolitik gehörten, ist eine wichtige Aufgabe. Verfüllt mit den Monopol- und Finanzherren sind die Großgrundbesitzer die Urheber der Landräuberpolitik Hitlers. Ihre Beseitigung wird dem deutschen Volk den Frieden sichern und ihm die Möglichkeit geben, ein Glied in der Gemeinschaft der am Frieden interessierten Völker zu werden.

Für eine Aufschiebung und damit Verhinderung der erforderlichen, demokratischen Bodenreform können nur Großgrundbesitzer und deren knechtische Diener eintreten. Im Interesse der Erhaltung des Friedens für alle, insbesondere im Interesse der landarmen Bauern, Pächter, Landarbeiter, Kriegsvertriebenen und der bäuerlichen Jugend, der intensiven Bewirtschaftung des Landes, kann es kein Abwarten bis zur besseren Zeit geben; denn gerade die konsequente Durchführung der demokratischen Bodenreform ist eine Voraussetzung zur Schaffung einer besseren Zeit.

In dem Teil Deutschlands, wo die Boden-

reform noch nicht durchgeführt wurde, haben wir eine ernsthafte Lehre zu ziehen. Dies bezieht sich auf die „Säuberung“ wo die Großen laufen gelassen und die Kleinen gehenkt wurden. Deshalb darf die Durchführung der Bodenreform niemals eine Angelegenheit der Bürokratie sein. Es darf nicht vorkommen, daß bäuerlicher Grundbesitz zur Landabgabe herangezogen wird. Jeder Eingriff in das bäuerliche Eigentum ist eine Sabotage und Verzerrung der Bodenreform, und käme einem Bauernlegen gleich. Deshalb müssen die Bauern selbst die Bodenreform durchführen und dürfen auf keinen Fall von der aktiven Teilnahme ausgeschlossen sein. Pächter, Zwerglandwirte, Landarbeiter, bäuerliche Jugend, Kriegsvertriebene, alle müssen in demokratischer Weise über die Verwirklichung der Bodenreform entscheiden. Der Badische landw. Hauptverband (BLHV) und insbesondere dessen Geschäftsführung, wird gerade in dieser Frage unter Beweis zu stellen haben, ob sie tatsächlich die wirklichen Vertreter der Schaffenden auf dem Lande sind und dem Einfluß der jahrhundertelangen Blutsauger und Ausplünderer der Bauernbevölkerung nicht unterlegen sind. Sie werden nicht allein stehen, denn die Bauern wollen, daß der Boden denen gehöre, die das Feld bestellen.

Die gesamte Arbeiterschaft und alle fortschrittlichen Menschen in Deutschland sind interessiert an der intensiven Bewirtschaftung des Bodens und sie wissen, daß niemand in der Gegenwart das Land in Deutschland so gut ausnützt, wie freie, selbständige Bauern, insbesondere die Klein- und Familienwirtschaften. Wenn diejenigen, die den Boden bebauen, ihn als Eigentum erhalten, wenn die Zwergbetriebe zu rentablen und gesunden Familienwirtschaften aufgerundet werden, wenn man den Landarbeitern und Kriegsvertriebenen eine Existenz und Sicherheit gibt, wenn die bäuerliche Jugend nicht grau in grau in die Zukunft schauen soll, dann ist es eine große menschliche Aufgabe, die Beschlüsse von Potsdam (1945) und den Beschluß der vier Außenminister auf der Moskauer Konferenz (1946) in Bezug auf die Bodenreform zu verwirklichen.

Für den deutschen Bauern muß seine Existenz und für das gesamte deutsche Volk seine Ernährungsgrundlage auf einen sicheren Boden gestellt werden. Die Voraussetzungen hierzu sind:

1. Die vollständige Entmachtung der Großgrundbesitzer über 100 ha Kulturland. (Eine Entschädigung wäre niemals eine Entmachtung).
2. In Verbindung mit dem BLHV und den Ge-

werkschaften Ausschüsse oder Kommissionen ins Leben zu rufen, in welchen die Pächter, Zwergbauern, Landarbeiter, Kriegsvertriebenen und die bäuerliche Jugend aktiv die Ueberführung des Landes in ihre Hände und Besitz nehmen, und damit ein soziales Problem lösen, indem sie tausenden von Familien eine Existenz sichern.

3. Den Bodenspekulanten, Schiefern und Wucherern, den „Durchlauchten“ und Baronen, den Faulenzern und Schmarotzern darf nicht mehr länger die Möglichkeit gegeben werden, mit der Not und dem Hunger des deutschen Volkes Politik zu machen.

Für die gegenwärtigen deutschen Verhältnisse sind Tausende von rentablen und gesunden Familienwirtschaften äußerst notwendig und eine feste Grundlage, denn sie werden allein, schon aus persönlichen Interessen, den uns in Deutschland zur Verfügung stehenden Boden intensiv bewirtschaften und somit zur Ernährung einen wesentlichen Beitrag leisten. Die Arbeitenden von Stadt und Land haben nur zu gewinnen.

Fritz Rimmelin

Lahrer Marshall-Planwirtschaft der DP

„Sie ist nicht wortreich, die Sprache, die man am Oberrhein spricht, und immer hat man hier Tat und Leistung für wichtiger gehalten denn Gefühle.“ Dies schreibt die Zeitung DAS NEUE BADEN in dem Leitartikel, den sie dem Parteitag ihrer Partei, der DP, rückschauend widmet. Sicherlich ohne es zu wollen, übt das Parteiorgan mit diesem Satze bissige Kritik an dem eigenen Parteiführer. Die Sprache, die Herr Waeldin in Lahr gesprochen hat, entbehrt keineswegs des Wortreichtums, und zumindest in einem wesentlichen Punkte seiner politischen Betrachtungen scheint er Tat und Leistung durchaus nicht für wichtiger gehalten zu haben als Gefühle: als er auf den Marshall-Plan und die Ostzone zu sprechen kam.

„Aus der Ostzone“ dozierte der demokratische Parteivorsitzende (der es einstimmig wieder wurde) wörtlich: „können wir nichts erhalten, und die Oststaaten einschließlich Rußlands sind zu einer Hilfeleistung für Europa überhaupt nicht fähig.“ Das ist, mit Verlaub gesagt, der gleiche überhebliche Ton, mit dem tausend Jahre lang die Sprecher des Dritten Reiches die Leistungsfähigkeit, die Stärke und die Kraftquellen Osteuropas (einschließlich Rußlands) zu bagatellisieren pflegten. Demgegenüber sang Herr Waeldin das Loblied des Marshall-Plans, um dann melancholisch festzustellen: „Die Liberal-Demokratische Partei der Ostzone hat gegen die bessere Einsicht einer Minderheit den Marshall-Plan ebenfalls abgelehnt.“ Gehässig fügte Herr Waeldin hinzu: „Von dieser Richtung Küll wünschen wir uns deutlich zu distanzieren und wünschen auch kein Zusammengehen, und zwar solange, bis sie gelernt hat, europäisch und nicht asiatisch zu denken.“ Hier verzeichnet der Bericht des Parteiblattes, an den wir uns halten müssen, daß die übrige Presse nicht eingeladen war, „starken Beifall“.

Man klatschte vermutlich aus dem Grunde Beifall um vermittels starken Geräusches die Stimme der Vernunft, soweit sie sich etwa regen wollte, zu überhören. Denn wenn es in Fragen der Ostzone für die Demokratische Partei überhaupt Sachverständige geben kann, dann sollten

das, müßte man meinen, doch die eigenen Leute sein. Und die haben, mit Dr. Küll an der Spitze, mit überwältigender Mehrheit den Marshall-Plan abgelehnt, weil sie eben die östlichen Realitäten aus täglicher Erfahrung heraus ganz anders zu beurteilen in der Lage sind, als der tramselige Marshall-Planer von Lahr. (Vergl.: Tat und Leistung — wichtiger denn Gefühle!)

Die Marshall-Planwirtschaft ist übrigens die einzige Planwirtschaft, für die sich Herr Waeldin zu begeistern vermochte. Er ist als alter Demokrat natürlich für die freie Wirtschaft, und mit ihm, sagt er, 68 Prozent des südbadischen Volks. Diesen Trost holte er sich aus der Abstimmung über die Südbadische Verfassung. Leider habe dann die CSV den eindeutig bekundeten Willen des Volkes nicht mehr respektiert. „Wir konnten diese Mißachtung des Volkswillens, der sich eindeutig gegen die gelenkte Wirtschaft ausgesprochen hat, nicht mitmachen und stehen daher (!) zu der derzeitigen Regierung in Opposition und werden darin verbleiben.“ Was sich hinter diesen Ausführungen birgt, ist wahrhaftig nicht schwer zu erraten: der heiße Wunsch nach dem Wirtschaftsministerium. Die Erfüllung dieses Wunsches aber würde, ginge es nach den Parteidemokraten, die Wiedereinsetzung jener freien Wirtschaft bedeuten, die in der Praxis nichts anderes wäre als die Restauration des skrupellosen Kapitalismus und freie Bahn jedem Jobber- und Schiebepumpe.

H. A. F.

Wird Dr. Merlau verhaftet?

In der Angelegenheit der Sprengstoff-Provokation in Verbindung mit der Chemischen Fabrik E. Merck in Darmstadt bezeichneten wir den Treuhänder dieses ehemaligen Nazibetriebes, Dr. Merlau, als Agent Provocateur. Inzwischen rollt der Kriminalfilm weiter:

Frankfurt a. M. Im hessischen Landtag richtete die KPD-Fraktion eine große Anfrage an Ministerpräsident Stock, um die Untersuchungen gegen den Treuhänder der Firma E. Merck, Dr. Merlau, in Gang zu bringen, der in provokatorischer Absicht der KPD in Südbaden ein schriftliches Angebot über 100 Kilo Sprengstoff „zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung“ gemacht hatte.

Ueber die unsern Lesern bekannten Vorfälle schreiben die „Informationen der KPD, Land Hessen“ (Frankfurt a. M.) zu der Angelegenheit noch im einzelnen:

„Herr Merlau hatte die Stirn zu behaupten, seine Briefe seien „mit Kenntnis der amerikanischen Militärregierung“ geschrieben worden. Wir fragen: Glaubt Herr Merlau, weil er Vorsitzender des deutsch-amerikanischen Klubs in Darmstadt ist, er könnte sich ungestraft als Achtgroßnenjunge aufzuführen und öffentlich amerikanische Dienststellen für seine Provokation verantwortlich machen? — Wird Herr Merlau noch länger frei herumlaufen und Provokationsstücke begehen können?“

Wir werden über den Fortgang der Sache laufend berichten.

UNSER TAG

Volkszeitung für Baden Organ der KP
Redaktion: (17b) Offenburg, Metzgerstraße 1
Tel. 1374. Telegramm-Adresse: Neutag Offenburg.
Redaktionskollektiv:
Dr. Karl Bittel (Chefredakteur), Karl Ehmann,
Hanns Adam Faerber (Chef vom Dienst), Dr. Adolf Hirt, Dr. Walter Kunze, Gustav Venedey. — Verlagsleiter Hermann Jerrentrup.
Verlag: Südwest-Verlag GmbH, (17b) Offenburg, Hauptstr. 115, Postfach 361. Fernruf 2207. Erscheint mittwochs u. freitags. — Bezugspreis monatlich 1.50 Mk. einschl. Trägerlohn, b. Postbezugs zugügl. Bestellgeld
Druck: Buchdruckerei A. Reiff & Cie., Offenburg

Chile folgt Brasilien

Santiago. Nachdem Brasilien die diplomatischen Beziehungen mit der UdSSR abgebrochen hat, nimmt nun Chile Zwischenfälle anläßlich eines Bergarbeiterstreiks zum Anlaß, diesem Schritt zu folgen. Gleichzeitig mit dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen zur Sowjetunion hat Chile auch die mit der Tschechoslowakei abgebrochen. Der chilenische Staatschef gab dazu eine Erklärung ab, in der er sowohl die sowjetische wie auch die tschechoslowakische Vertretung im Land mit den Zwischenfällen in Zusammenhang bringt.

Die sowjetische Nachrichtenagentur TASS weist diese Beschuldigungen zurück und auch von tschechoslowakischer Seite würde gegen diese Unterstellungen energisch Stellung genommen.

Die Schritte der beiden südamerikanischen Staaten sind mit dem verstärkten antisowjetischen Kurs der gesamten „westlichen Hemisphäre“ in Zusammenhang zu bringen. Weitere Maßnahmen anderer ABC-Staaten werden erwartet. Für die durch diese Schritte betroffenen Länder ergeben sich daraus praktisch keinerlei Folgen. Weltpolitisch dürften allerdings daraus Schwierigkeiten entstehen, daß nun in der UN Partner zusammensitzen, die ohne jeden diplomatischen Kontakt sind, der von den lateinamerikanischen Staaten unterbrochen wurde.

Studenten gegen Kriegseinsatz

Tübingen. Der „Bund freier Studenten“ Tübingen, eine überparteiliche Organisation an der Universität Tübingen, hat an die vier Parteien Württemberg-Hohenzollern eine Aufforderung gerichtet, das grundsätzliche Recht zur Kriegsdienstverweigerung für jeden Bürger verfassungsmäßig festzulegen. Mit dieser Aufforderung soll dem Beispiel Bayerns und Südbadens gefolgt werden, wo diese Probleme bereits in der Öffentlichkeit und auch vor dem Landtag erörtert wurden.

Wiedergutmachung für Naziverfolgte

Berlin. Die britische Militärregierung hat eine Verordnung erlassen, nach der sich alle Personen, die Vermögenswerte rassistisch, politisch oder religiös verfolgt in Besitz, Gewahrsam oder in Kontrolle haben, melden müssen. Personen, die Kennzeichen von Schädigungen der Verfolgten während der Nazizeit haben, sind ebenfalls verpflichtet,

davon Meldung zu machen. Alle Nazigeschädigten, deren in Verlust geratenes Vermögen einen Wert von 1000 Mark überschreitet, können nach dieser Verordnung ihren Anspruch bei einem Zentralamt anmelden.

Marburg. Die VVN Marburg stellte gegen den Direktor des Zweizonenamtes für Ernährung, Schlange-Schöningen, Antrag auf ein Verfahren vor der Spruchkammer in Frankfurt, u. a. weil er 1924 in einer Rede erklärt habe: „Die Staatsform der Republik, die aufgebaut wurde auf Fahnenflucht und Hochverrat, kann nicht von Bestand sein, oder die Weltgeschichte hätte ihren Sinn verloren.“

Kleine Zeitung - Neuigkeiten des Tages

KARLSRUHE. Die Badische Akademie der bildenden Künste Karlsruhe nahm am Donnerstag den Unterricht wieder auf.

FRANKFURT. Der Wirtschaftsrat ist ermächtigt worden, die Schaffung eines vorläufigen deutschen Patentamtes einzuleiten.

HANNOVER. Bei den Neuwahlen zum Niedersächsischen Landtag kandidiert als unabhängiger Kandidat der Vertrauensmann der Sozialistischen Einheitsbewegung.

DUSSELDORF. Das Land Nordrhein-Westfalen ernannte den Oberbürgermeister von Iserlohn zum Staatskommissar gegen Korruption. Die Gewerkschaften und die Parteien sind an seiner Arbeit beteiligt.

HALLE. Rechtskräftig verurteilte Schieber und Schwarzhändler will der Kreistag des Saalekreises im Wohnraum beschränken.

HAMBURG. Die deutsche Angestellten-Gewerkschaft in Hamburg übergab der Belegschaft der Firma Schriever als Anerkennung für ihren Kampf um eine fortschrittliche Betriebsvereinbarung eine Geldspende.

BERLIN. Unter den etwa 100 deutschen Ministern, die im Augenblicke amtieren, befindet sich eine Frau.

BERLIN. Mitte September wurden in den Sammelagern der UZ-Zone 330 000 verschleppte Personen gezählt.

BERLIN. Dem Dichter Bert Brecht, Schöpfer der Dreigroschenoper, der mit vielen anderen fortlichen Werke nach Deutschland kommen wollte, ist die Ausreisegenehmigung aus den USA verweigert worden.

MÜNCHEN. Das Sonderministerium gab die Einleitung von Untersuchungen gegen die Geist-

lichen, die im Verdacht stehen, Vertrauensleute des SD gewesen zu sein, bekannt.

MÜNCHEN. Mit einer Sonderschau „50 Jahre Dieselmotor“ wird hier am 23. Oktober das Deutsche Museum wieder eröffnet.

DACHAU. Der ehemalige Lagerführer des KZ Meuselwitz, eines Außenlagers von Buchenwald, wurde zum Tode durch den Strang verurteilt.

WIEN. Vor dem Wiener Volksgerichtshof beginnt ein Prozeß gegen den Stiefbruder Hitlers, Meyerhofer, Er kam durch seinen „Großen Bruder“ zum Posten eines Generaldirektors und zum Titel eines Stadtrates von Wien.

SOFIA. Eine neue Verschwörung gegen die vaterländische Front wurde hier aufgedeckt.

BUKAREST. Die während des Krieges zerstörten Petroleumraffinerien wurden zu 85 Prozent wieder aufgebaut.

BUDAPEST. Der Ministerrat nahm den Gesetzentwurf über die Verstaatlichung der ungarischen Nationalbank und sämtlicher Großbanken an.

ATHEN. Ein Redakteur der kommunistischen Zeitung „Rizospastis“ wurde wegen Beleidigung der königlichen Familie zu sechs Jahren Gefängnis verurteilt.

MOSKAU. Der bisherige sowjetische Botschafter in USA, Nowikow, wurde von seinem Posten abberufen und durch Alexander Panjukyn ersetzt.

MILAN. Der Kardinalerzbischof von Mailand verbot allen „kommunistischen und marxistischen Sozialisten“ seiner Diözese das Betreten der katholischen Kirchen.

MADRID. Im Bergland der spanischen Provinz Galizien fanden heftige Kämpfe zwischen Partisanen-Abteilungen und Franco-Truppen statt.

Abbau des deutschen Waldes

Keine Exportmusterschau kann darüber hinwegtäuschen, daß die eigentliche Ausfuhr Deutschlands aus den Rohstoffen Holz und Kohle besteht. Das kostbare Holz ist ein entscheidender Faktor für den Wiederaufbau unserer zerstörten Wirtschaft. Bauholz brauchen wir, um wieder menschenwürdige Wohnverhältnisse zu schaffen. Die Kohlenproduktion hängt von der Lieferung des nötigen Grubenholzes ab. Die Papier- und Textilproduktion steht und fällt mit dem Rohstoff Holz. Auf den rücksichtslosen Raubbau während der Nazizeit, der den Waldbestand auf drei Viertel seines Umfangs von 1937 verringerte, folgten die Wintermaßnahmen der vergangenen zwei Jahre, da der Bevölkerung fast keine Kohle zur Verfügung gestellt wurde. Die weitgehenden Eingriffe in unsere Holzbestände werden aber übertroffen durch ein Exportprogramm in der britischen Zone, das, wenn es restlos erfüllt wird, die deutsche Landschaft mit Versteppung und Verkarstung bedroht. Nicht mit Unrecht hat man hier von „demontierten Wäldern“ gesprochen.

Die „Hamburger Volkszeitung“ schreibt: „Jahresaus, jähren sollen jedes Jahr 200 Millionen engl. Kubikfuß oder 5,6 Millionen Kubikmeter deutsches Holz exportiert werden für die britische Zone errechnet die Statistik einen Vorrat von altem Nadelholz von 13 bis 14 Mill. Kubikmeter, 10 bis 11 Mill. sind davon Stammholz. Bei einer Höchstausnutzung von 60 v. H. ergibt diese Menge 6 bis 7 Mill. Kubikmeter Schnittholz. Also schon in einem Jahre zehrt der geforderte Export den gesamten Bestand der britischen Zone nahezu auf.“

„Die Substanz des deutschen Waldbestandes befindet sich im Zustand einer geradezu katastrophalen Schrumpfung, die, wenn das augenblickliche Tempo der Abholzung beibehalten wird, das Ende des deutschen Waldes überhaupt bedeutet.“ (Neue Züricher Zeitung, 12. 7. 1947.)

In die Holzbestände der rund 1 882 000 ha betragenden Waldfläche der britischen Zone (davon 41 Prozent Laubholz und 59 Prozent Nadelhölzer) fressen sich seit Kriegsende unarmherzig die Motorsägen und Aexte der Holzfäller der „Fliegenden Sägewerke“ der North German Timber Control. In einer Denkschrift aus Forstkreisen des Regierungsbezirks Hildesheim wird u. a. auf die unrationelle Bearbeitung des Holzes durch die englischen transportablen Sägen hingewiesen, die eine Ausbeute von höchstens 40 Prozent ermöglichen. Bei einem rationelleren Verfahren würde die Ausbeute so viel Nutzholz erbringen, daß daraus die Wohnungen der zusätzlich benötigten Bergarbeiter und das Bauprogramm der Eisenbahn für ein volles Jahr gedeckt werden könne.

In einer amtlichen britischen Verlautbarung heißt es, daß die Holzexporte nicht auf Reparationskonto gehen, sondern zu Weltmarktpreisen in Pfund Sterling bezahlt würden. Der Erlös soll der Finanzierung der Einfuhren dienen. Das mag durchaus so gehalten werden; dennoch wirken diese Exporte praktisch wie Reparationen. Sie entziehen bedeutenden Zweigen unserer Wirtschaft einen wichtigen Rohstoff. Als reiner Rohstoffexport bringen sie nur einen Bruchteil des Erlöses, den sie veredelt für unsere Aus- und Einfuhrbilanz bieten würden. Darüber hinaus aber bedeuten sie einen unersetzlichen Substanzverlust, dessen Folgen für die deutsche Land- und Forstwirtschaft noch nicht abzusehen sind.

-xy

Wer trägt die Last der Demontage?

Die Stimme der deutschen Arbeiterklasse muß gehört werden

Industrieplan und Demontageplan zeigen eines mit aller Deutlichkeit: In der kapitalistischen Ordnung der Weltwirtschaft wird Deutschland keine Rolle mehr spielen. Seine Friedenswirtschaft ist quantitativ und qualitativ so begrenzt, daß sie nur der Mindestdeckung des eigenen Bedarfs dienen kann. Damit ist auch das Schicksal der deutschen Monopolisten als selbstständiger Machtfaktor und als imperialistische Konkurrenten des internationalen Monopolkapitalismus besiegelt. Deshalb sind sie aber im innerdeutschen Maßstab nicht weniger gefährlich geworden. Als Platzhalter und günstigenfalls als Juniorpartner des angloamerikanischen Monopolkapital sind sie in eine neue für den demokratischen Wirtschaftsaufbau in Deutschland äußerst gefährliche Phase ihrer Wirksamkeit eingetreten. Kein deutscher Arbeiter wird darum daran zweifeln, daß sie als Verhandlungspartner über die Gestaltung der deutschen Wirtschaft die Interessen Deutschlands, das heißt des deutschen werktätigen Volkes nicht vertreten werden können. Es hat also keinen Zweck, wenn von bürgerlicher Seite nach einer deutschen Vertretung bei eventuellen Besprechungen über die Durchführung des Industrieplans oder des Demontageplans gerufen wird, wenn diese Vertreter vom kapitalistischen Unternehmertum, von den Bankherren und von den „Konzernflechttern“ gestellt werden sollen. Eines sei deutlich und kompromißlos festgestellt: Vertreter der neuen deutschen Wirtschaft ist der deutsche Arbeiter. Vor allem ist daher die restlose Demontage des Kapitalismus in Deutschland erforderlich.

Wenn sich die Arbeiterklasse, die Gewerkschaften und Betriebsräte immer wieder gegen die Demontagen wenden, dann haben sie das nicht aus Verblendung gegen die gegebenen Notwendigkeiten des Rüstungsabbaus, der Reparationen und der Wiedergutmachungen getan, sondern aus folgenden Gründen. So lange das Ausland nicht die deutsche Arbeiterklasse und ihre Organisationen als alleinigen Garanten des Friedens und des Rüstungsabbaus in Deutschland wertet, nutzt kein mechanischer Abbau des noch vorhandenen Kriegspotentials und der ihm verwandten Hilfsindustrien. Und so lange die nahezu 8 Millionen zählende Massenorganisation der deutschen Gewerkschaften in Verbindung mit dem Weltgewerkschaftsbund nicht als für Deutschland maßgebend anerkannt wird, kann die deutsche Arbeiterklasse kein restloses Vertrauen haben, daß die Demontagen letztlich nicht den Zielen des Monopolkapitalismus und seiner innerdeutschen Trabanten dienen. Der zweite Hauptgrund ist der, daß der Demontageeingriff eine Desorganisation zur Folge haben kann, die sich schwerwiegend auf die Beschäftigung und berufliche Umschichtung der Arbeiterklasse (in Nordrhein-Westfalen würden 33 700 Arbeiter ihren Arbeitsplatz verlieren), auf die Versorgung der Werktätigen mit Verbrauchsgütern und auf die rationelle Leistungsfähigkeit der deutschen Friedenswirtschaft auswirken würde (Verbleiben der älteren, leistungsschwachen Werkanlagen). Das müßte nicht nur die Inlandspreise, sondern auch die Exportpreise beein-

flussen, was wiederum einen innerdeutschen Lohndruck zur Folge hätte.

Wir brauchen aber nicht nur leistungsfähige Betriebe, sondern vor allem die Sicherung der Rohstoffzufuhr, um die Kapazität der Werke auch tatsächlich ausfüllen zu können. Ein Beispiel dafür ist die Stahlindustrie, die heute erst ein Viertel der zugestandenen Kapazität erzeugen kann. Darum wendet sich die deutsche Arbeiterklasse gegen die Rohstoff-Demontagen. Die deutsche Friedenswirtschaft braucht Holz, Kohle, Erze usw., die sie im innerdeutschen Raum nur zu einem Teil des Bedarfs besitzt. Wenn z. B. Stammholz ausgeführt wird, dann erbringt das nur einen geringen Devisenertrag gegenüber Schnittholz und hochwertigen Fertigwaren, und die Kapazitäten der einschlägigen deutschen Industrien bleiben aus Mangel an Rohstoffen unausgefüllt.

Die deutsche Arbeiterklasse trägt die Last des wirtschaftlichen Zusammenbruchs am schwersten und die Auswirkungen der Demontagen werden sich bei ihr in Arbeitslosigkeit und Verelendung bemerkbar machen. Die Arbeiterklasse ist es aber auch, die für den

Wiederaufbau, für Reparationen und Wiedergutmachungen die Hauptverantwortung trägt, denn durch ihrer Hände Arbeit muß alles geschaffen werden. Die Demontagen können mit Gewalt erzwungen werden. Diese Gewalt wird sich nicht gegen die kleine Schicht der Kapitalisten richten, sondern gegen die breite Masse des deutschen Proletariats, die ein Teil des internationalen Proletariats ist. Eine dem Elend preisgebene und apathisch gewordene deutsche Arbeiterklasse aber würde nichts anderes bedeuten, als den schwerindustriellen Kreisen wieder freies Spiel zu geben, die Deutschland und die Welt schon zweimal in das Elend eines imperialistischen Angriffskrieges gestürzt haben.

Die Welt muß einsehen, daß ohne oder gegen die Arbeiterklasse kein geistiger und materieller Rüstungsabbau in Deutschland möglich ist. Ein wirklicher demokratischer und friedlicher Wirtschaftsaufbau kann nicht den Weg gehen, den der vorliegende Demontageplan beschreitet, und die Sicherung der Welt vor einer deutschen Aggression ist nur zu erreichen, wenn die Stimme des deutschen Arbeiters gehört wird.

Dr. Adolf Hirt

Eisenbahner von 1933, kämpft um Eure Rechte!

Eine Massenaktion zur Wiedergutmachung ist im Gange

Die Enthüllungen in „UNSER TAG“ (Nr. 80) über die brutalen politischen Maßnahmen der Reichsbahndirektion als willfährige Nazihandlanger im Jahre 1933, haben in Eisenbahnerkreisen eine Welle der Empörung hervorgerufen. In zahlreichen Zuschriften werden uns die Brutalität, mit der dabei vorgegangen wurde, geschildert und entsprechende Dokumente übersandt. Vor allem aber wird darüber berechtigte Klage geführt, wie seit 1945 die „Wiedergutmachungen“ praktiziert werden. Allgemein kommt der Wille zum Ausdruck, daß durch eine entschiedene Massenaktion der Eisenbahner für die betroffenen Eisenbahner endlich Gerechtigkeit und Wiedergutmachung erzwungen werden muß.

Die Volkszeitung „UNSER TAG“ stellt sich selbstverständlich für diese berechtigten Eisenbahnerforderungen vollständig zur Verfügung und wird sie auf das nachdrücklichste unterstützen. Hier die Anordnungen, welche die Rechtsgrundlage für alle Wiedergutmachungsansprüche bilden.

Anordnung der Militärregierung

Auf Grund einer Anordnung der Militärregierung vom August 1945 an die Deutsche Reichsbahn sind sämtliche von der Hitlerregierung 1933 und später erlassenen Sonderbestimmungen und Maßnahmen gegen Nazigegner rückgängig zu machen. Und zwar sowohl in Hinsicht auf eine Wiedergutmachung gegenüber allen Betroffenen und Opfern, als auch eine Rückgängigmachung und Außerkräftsetzung aller bevorzugten Beförderungen „bewährter alter Kämpfer“, welche damals an die Stelle der herausgeschmissenen Nazigegner getreten sind. In Bezug auf die

Wiedergutmachung heißt es in dem amtlichen Erlaß vom August 1945 wörtlich:

Eine Wiedergutmachung müssen alle diejenigen Beamten, Angestellten und Arbeiter erfahren, die infolge ihrer Nichtzugehörigkeit zur NSDAP oder wegen aktiven und passiven Widerstandes gegen das Naziregime seit 1933 dauernd unter schwerem Druck standen und denen jedes dienstliche Weiterkommen versagt wurde.

Eine Anzahl dieser Bediensteten wurde aus dem Amte enternnt oder auf minderwertige Posten versetzt oder zwangsweise zur Ruhe gesetzt; oder durch Anzeigen dauernd geschädigt.

Im Hinblick darauf, daß diese Bediensteten dem Druck des Naziterrors standhielten, ist es ein Akt der Gerechtigkeit, daß an diesen Beamten, Angestellten und Arbeitern begangene Unrecht in vollem Umfang wieder gut zu machen.

An Hand dieser klaren Richtlinien, an welche sich die Deutsche Reichsbahn — und selbstverständlich auch die Direktion Karlsruhe — zu halten hat, kann jeder 1933 gemäßregelte Eisenbahner seine Rechte erkennen. Ueber die verschleppende, bürokratische, nachlässige, sabotierende und unwillige „Durchführung“ in einzelnen Fällen werden wir in laufender Folge Dokumente bringen.

Zum „Fall Gabele“ im Kreis Stockach

Der von uns in allen Einzelheiten aufgeklärte Fall von nazistischer Mißhandlung der Arbeiterin Maria Gabele aus Hoppotenzell (UT 78), die im Februar 1941 als „Polenstrolch“ denunziert, verhaftet, beschimpft, gefesselt durch die Straßen geführt wurde, ihre Haare abgeschnitten bekam, ins Gefängnis und KZ gebracht wurde, hat der Redaktion unzählige weitere Zuschriften gebracht.

Als erster meldete sich der ehemalige Bürgermeister A. Wendling von Stockach und teilte uns mit, daß er sich damals dienstlich auswärts befunden habe jedoch nach seiner Rückkehr über den Vorfall empört gewesen sei, insbesondere darüber, daß ein städtischer Arbeiter mitgewirkt hätte. Der verantwortliche Stadtbaumeister habe ihm erklärt, daß die Anforderung eines städtischen Arbeiters vom Ortsgruppenleiter Adam ausgegangen sei und W. deshalb mit diesem eine scharfe Auseinandersetzung gehabt hätte. Weiter wird uns berichtet, daß der Stadtbaumeister bereits am Abend vorher den Arbeiter Bernhard gefragt habe, ob er eine Haarschneidemaschine besäße und Haare schneiden könne?

Auch der im Bericht genannte Reichsbahnassistent Karl Wegmann meldet sich und läßt uns durch seinen Rechtsanwalt die ausdrückliche Erklärung zugehen, daß er „an dem Drama Gabele in keiner Weise irgendwie beteiligt gewesen ist.“ Die betreffenden Handlungen würden ihm zu Unrecht vorgeworfen. (Wir werden auf diese Angelegenheit noch zurückkommen).

Eine weitere Zuschrift erhielten wir von Karl Hirling (Winterspüren), der uns mitteilt, daß er damals als 19jähriger Hitlerjunge ebenfalls zum Schiesserhof bestellt worden sei. Er wäre zum gleichen „Dienst“ gezwungen worden wie sein Kamerad Gelger, wofür Kreisamtsleiter Mutschler und Polizeihauptwachmeister Beck verantwortlich seien: „Ich habe die ganze Sache schon seither bitter bereut und erst jetzt merke ich, wie wir alle die Jahre her verführt worden sind.“

Unter mehreren anonymen Zuschriften befindet sich auch eine, von welcher wir ausnahmsweise Kenntnis geben wollen: „Ihr Artikel über den Fall Gabele hat mich sehr ergriffen, denn ich bin heute in der gleichen Lage. Ich habe einen Indochinesen und werde ihn heiraten, sobald es erlaubt ist. Wir haben ein Kind, und wenn ich es spazieren fahre, werde ich vielfach angepöbelt und beschimpft als „Chinesenhure“. Ich würde meinen Namen gerne nennen, aber dann könnte ich es hier überhaupt nicht mehr aushalten.“

Es ist der Fluch der bösen Tat, daß sie fortzeugend Böses muß gebären.

Ergebnisse des Herbstmesse

Leipzig. Der Gesamtumsatz der Herbstmesse wird vom Messeamt mit rund 248 Millionen Mk. angegeben. Auf das Zonengeschäft entfallen davon 107 Millionen, auf das Interzonengeschäft 104 Millionen und das Auslandsgeschäft hat einen Umsatz von rund 37 Millionen Mk. erbracht. Das innerdeutsche Geschäft wurde besonders durch solche Erzeugnisse belebt, die der Rohstoffknappheit Rechnung trugen.

Max Faulhaber

Betriebsrätegesetz in Baden

In Südbaden soll das erste deutsche Betriebsrätegesetz geschaffen werden. Der Bad. Gewerkschaftsbund ist zwar der Auffassung, daß ein solches Gesetz nur für ganz Deutschland geschaffen werden kann, weil eine Auflösung des Arbeits- und Betriebsrätegesetzes in Ländergesetze große Gefahren in sich birgt. Da aber die Vorlage drängt, sind wir der Auffassung, daß alles getan werden muß, um ein fortschrittliches, den gegebenen Notwendigkeiten rechnungstragendes Betriebsrätegesetz zu schaffen.

Bei der Ausarbeitung des Gewerkschafts-Entwurfs ließen wir uns von den Grundsätzen des Betriebsrätegesetzes von 1920 leiten. Man stütze sich hierbei auf die Erfahrungen unserer Betriebsräte von 1920—1933 und überprüfe die Fehler und Mängel. So konnte trotz des Vorhandenseins der Betriebsrätebewegung die Wirtschafts- und Kriegskatastrophe von 1929 und 1939 nicht verhindert werden. In den Jahren nach dem ersten Weltkrieg wollte man nicht nur der politischen Demokratie die Wege ebnen, sondern auch den Absolutismus in der Wirtschaft durch die Einführung demokratischer Grundsätze brechen. Damit wäre die Basis einer neuen, ausschließlich dem Volke dienenden Wirtschaftsverfassung geschaffen worden. Die 1920 geschaffenen gesetzlichen Grundlagen waren aber für den weiteren Verlauf der Entwicklung völlig ungenügend. Die bisherigen Beherrscher Deutschlands, die Militaristenkaste der Junker, und die zu Kartellen und Monopolen zusammengeschlossenen großkapitalistischen Kreise wurden nicht entmacht, militaristischen und großkapitalistischen Kreisen (Stahlhelm, Herrenklub, Hugenbergpartei) Tür und Tor geöffnet, und den zur Expansion treibenden Kräften war der Weg freigemacht. Die Demokratisierung scheiterte. Aus dieser Erkenntnis heraus müssen wir heute neue Wege gehen.

Die Hauptargumente aus den Kreisen der Industrie, des Gewerbes und des Handels, die bestehenden Eigentumsverhältnisse seien durch das Mitbestimmungsrecht der Betriebsräte in Gefahr, entbehren jeder Grundlage. Der Gewerkschaftsentwurf fordert keine Sozialisierungsmaßnahmen. Er will zwar nicht die bestehenden Besitzverhältnisse ändern, aber er nimmt den Fabrikherren durch das Mitbestimmungsrecht der gewählten Betriebs-

räte das absolute Verfügungsrecht über die von ihnen gekaufte Arbeitskraft und über die in ihrem Besitz befindlichen Produktionsmittel. Die Produktionsstätten sollen gemeinsam verwaltet und die daraus hervorgehenden Konsumartikel und Gebrauchsgüter gemeinsam verteilt werden. Die bisherige Form der Betriebsführung muß eine andere werden, was nicht ausschließt, daß die Betriebsleitung nach wie vor das Ausführungsorgan bleibt und im Prinzip die Eigeninitiative im Rahmen der staatlichen Lenkung aufrecht erhalten wird.

Der Betriebsrat soll durch sein Mitbestimmungsrecht vollständig die Produktion, sowie die gesamte Betriebsführung übersehen und so wesentlich mitwirken, die an den Betrieb gestellten Aufgaben zu erfüllen. Aber erste Voraussetzung der freudigen Mitarbeit der Arbeiterklasse ist das Mitbestimmungsrecht bei den staatlichen Lenkungsstellen durch die Gewerkschaften und in den Betrieben durch die Betriebsräte.

Dem zweiten Argument der Unternehmer, daß er allein das Risiko der Betriebsführung zu übernehmen habe und somit sein gesamtes Vermögen aufs Spiel setzt, stehen die Argumente der Arbeitnehmer gegenüber, deren wirtschaftliche Sicherheit in den letzten 30 Jahren äußerst gefährdet war. Wir leben in der Zeit des wirtschaftlichen Umbruchs. Man muß den Mut haben, dies zu erkennen und der neuzugestaltenden Wirtschaft die Form zu geben, die diesen Tatsachen Rechnung trägt.

Den Mittelpunkt des ganzen Gesetzes bildet § 18, der das Mitwirkungs- und Mitbestimmungsrecht an der Gestaltung und Verwaltung der Betriebe und in allen sie berührenden Angelegenheiten — unsere Verfassung Art. 39 — gesetzlich festlegt:

1. Der Betriebsrat hat das Recht der Mitwirkung und Mitbestimmung an der Gestaltung und Verwaltung der Betriebe und an allen die Arbeitnehmer berührenden Angelegenheiten.

2. Das Recht der Mitwirkung und Mitbestimmung des Betriebsrates erstreckt sich insbesondere auf folgende Aufgaben: Einstellung und Entlassung, Versetzung, Beförderung von Arbeitnehmern, Regelung der betrieblichen Lohn- und Arbeitsbedingungen, Art der Produktion, Festlegung des Produktionsprogramms, Anschaffung, Verwendung und Veräußerung von Betriebsanlagen, Einführung neuer Fabrikations- und Arbeitsmethoden, Aenderung des Betriebsumfangs bei Arbeitseinschränkung, Betriebsverweiterung, Fusionierung und Betriebsstilllegung, Bestimmung des Absatzes, der Ka-

pitalinvestitionen und -veränderungen, Kalkulation und Preisgestaltung, Kontrolle des Warenabsatzes, Verhinderung der Aufrechterhaltung konzernmäßiger Bindungen des Betriebes.

Von diesen Grundgedanken ausgehend, ist die Bildung von Betriebsräten in allen Betrieben einschließlich der Behörden und Verwaltungen nach Kontrollratsgesetz Nr. 22 vorgesehen. Es ist selbstverständlich, daß z. B. bei den staatlichen Behörden — und das ergibt sich auch schon aus den besonderen Aufgabengebieten der Beamten —, der Betriebsrat kein Mitbestimmungsrecht im Sinne der Betriebe mit wirtschaftlichen Zwecken haben kann. Aber bei allen sozialen Belangen, in der Personalpolitik, der Erziehung, zum demokratisch gesinnten Menschen usw. haben die Betriebsräte in den Verwaltungen eine wichtige und entscheidende Aufgabe zu erfüllen.

In bezug auf die ehemaligen Mitglieder der NSDAP und ihrer Gliederungen sieht der Entwurf nicht wie bisher vor, diese auszuschalten, sondern beschränkt sich auf die Nichtzulassung von Funktionären. Das ist eine wesentliche Verbesserung gegenüber den bisherigen Bestimmungen. In allen Funktär- und Betriebsrätekonferenzen der Gewerkschaften, in Betriebsversammlungen usw. wird die Forderung erhoben, die kleinen Pk. laufen zu lassen und die großen zu hängen. Um dies auch in der Praxis zu verwirklichen, um die große Masse der Mitläufer zur Arbeit heranzuziehen, soll den „Kleinen“ der Weg zur Mitarbeit offen stehen, wenn sie das Vertrauen der Belegschaft haben.

Ein weiterer Fortschritt ist das Wegfallen von Gruppenwahlen, wie wir sie aus dem alten Gesetz von 1920 kennen. Man spricht von nun an nur von Arbeitnehmern schlechthin, darin sind Arbeiter, Angestellte und Beamte eingeschlossen. Keine dieser sog. „Gruppen“ soll eine Sonderstellung einnehmen. Es ist der Belegschaft überlassen, souverän zu entscheiden, wer ihr Vertrauen besitzt. Dabei ist sich jeder Gewerkschafter bewußt, daß ein Betriebsrat seine Aufgabe nur voll und ganz erfüllen kann, wenn Arbeiter und Angestellte, in städtischen und staatlichen Betrieben auch Beamte, kollegial im Betriebsrat zusammenarbeiten. Eine gewerkschaftlich gut geschulte Belegschaft wird auch einen dementsprechend zusammengesetzten Betriebsrat wählen.

Körperbeschädigte in Emmendingen

Emmendingen. Der Vorstand der Ortsgruppe Emmendingen des Verbandes der Körperbeschädigten...

Laienbühne in Neustadt

Neustadt (Schw.) In einer Gemeinderatssitzung wurde die Errichtung einer Laienbühne der Stadt Neustadt...

Gemeinderat St. Blasien

St. Blasien. Verschiedene Gewerbebetriebe wurden zur Kurförderungsabgabe veranlagt. Die Einkommensverhältnisse städtischer Angestellter...

Offenburgs Bürgermeister suspendiert

Offenburg. Bürgermeister Ernst wurde für die Dauer eines Monats ohne Gehaltszahlung vom Amte suspendiert...

Entnazifizierungs-Bestätigungen notwendig

Das Bad. Staatskommissariat für politische Säuberung teilt mit: Jede Person in der französischen Zone...

Bekanntmachungen der Stadt Freiburg

Ausgabe der Lebensmittelkarten Die Lebensmittelkarten für die 31. Zuteilungsperiode (November 1947) werden vom Dienstag, dem 23. 10. bis einschließlich Freitag...

Die Essenskarten für die Gaststättenbesucher werden in der gleichen Zeit im Bechelsraum, gegenüber dem Zimmer des Ernährungsamtes...

In Ausführung des Befehls Nr. 211 vom 22. August 1947 des Herrn General-Administrateur, betr. Kontrolle der Führer ehemaliger militärischer Organisationen...

Die Aufstellung ist unabhängig von der Zahlung ehemaliger Offiziere, Beamten und Angestellten im Range von Offizieren oder Offiziers-Anwärtern durchzuführen.

Offene Stellen

Perfekte Auto-Elektriker, möglichst Bosch-Spezialisten, von größerer Spezial-Auto-Elektrowerkstätte zum sofortigen Eintritt gesucht...

Kaufgesuche

Schreibmaschine, evtl. auf Gegenlieferung zu kaufen gesucht. Angebote unt. P 1917 an OBANEX, Anzeigen-Expedition, Freiburg i. B. (A14-234)

Verschiedenes

Für unser fortschrittliches Warenhaus erbitten wir Angebote leistungsfähiger Lieferanten. Gefa, Kaufhaus, Völklingen/Saar, Tel. 20 66. (A13-2)

Wochenende in Freiburg

Was bot Freiburg über das letzte Wochenende? Es ist immer die erste Frage, wenn ich manchmal über das Wochenende aus der Provinz nach der Residenzstadt komme...

Ein grelles grünes Plakat schreit Alarm. „Wie kommen wir durch den Winter? Was tut uns, um unser Leben zu erhalten und unsere Zukunft zu sichern?“ Also gehe ich zu dieser Versammlung der Kommunistischen Partei...

Gewiß tat es allen Zuhörern, vor allem den vielen Frauen, sehr wohl, mit welcher unverblümter Wahrheit und Mut die KP an die brennenden Probleme des Tages herangeht...

Gröber Ehrenbürger von Freiburg

Freiburg. Am Samstagnachmittag fand in der stark besetzten Halle der Städtischen Straßenbahn in der Urachstraße der Festakt der Stadt Freiburg und des Landes Baden...

Die Eröffnungsansprache hielt Oberbürgermeister Dr. Hoffmann, der bekannt gab, daß Erzbischof Dr. Conrad Gröber anlässlich seines 50jährigen Priesterjubiläums zum Ehrenbürger der Stadt ernannt wurde...

durch den Winter kommen mit 4 Scheiben Brot am Tag, bei dem bischen Fett und Fleisch und Nährmittel in bitterer Kälte, kein bischen Zucker...

Eindringlich und überzeugend war das Zahlenmaterial, das Eckert darüber vortrug, wie es in der weiten Welt mit den Nahrungsmittelmengen wirklich aussieht...

Nach den furchtbaren Auswirkungen der Hitlerkatastrophe bleibt gewiß nichts anderes übrig, als daß die Welt den Millionen hungernden Menschen hilft, wenn sie nicht zu Grunde gehen sollen...

Der Jubilar dankte in seinen Ausführungen

für die ihm von allen Seiten dargebrachten Glückwünsche und Geschenke und führte, auf die Tagespolitik eingehend, aus, daß er die Parteien kenne und stets dafür eingetreten sei, die Gegensätze auszugleichen und zu mildern...

Mitteilung der KP Freiburg

Genossen, Funktionäre! Die Fortsetzung unserer politischen Bildungsabende findet Donnerstag, 30. Oktober, 20 Uhr, Vaubanstr. 12, statt...

voll produziert und gerecht verteilt wird und das unter schärfster Kontrolle.

Die begeisterten Zuhörer haben bestätigt, daß dieser Weg, den die KP zur Rettung zeigt, der einzige ist. Aber es kommt entscheidend darauf an, daß jetzt schnell Anarchie und Bürokratismus überwunden und eine geregelte Wirtschaftsordnung nach den Bedürfnissen und nicht nach dem Profit hergestellt wird...

Ausführlicher Bericht über die Veranstaltung folgt.

Umtausch von Krankenbrot

Die August- und September-Karten sind noch nicht voll beliefert und deshalb weiterhin sorgfältig aufzubewahren. Krankenbrot: Der Umtausch von Normal-Krankenbrot kann jeweils erst nach dem 5. eines jeden Monats bei der Abteilung Krankenernährung...

Schalterstunden der Banken und Sparkassen

Die Banken und Sparkassen in der französischen besetzten Zone Badens werden infolge der Beschränkungen im Strombezug ihre Schalter vom 1. November an erst um 8.30 Uhr öffnen.

Gültigkeit der Reisekarten verlängert

Freiburg. Das Bad. Ministerium der Landwirtschaft und Ernährung teilt mit: Die Gültigkeit der Reisekarten Ausgabe Mai-Juli und der mit Rasteraufdruck versehenen Reisekarten vorheriger Ausgaben ist bis zum 31. Oktober verlängert worden...

Herbstkonzert des Männergesangsvereins

Freiburg. Der Freiburger Männergesangsverein wird am 2. und 3. November im Maria-Hilf-Saal ein Konzert unter Leitung des Chormeisters Wilhelm Weis veranstalten.

Wohnungstausch

Biete 5 Zimmer m. Küche, Werkstätte in Rastatt gegen ebenso solche im Schwarzwaldgebiet, evtl. ohne Werkstätte. Angeb. u. Nr. 31-161 an U. T. Rastatt.

Aut Verkauf

Biete Solinger Stahlwaren (schöne Weihnachts-Geschenke). Suche: Büffett-, Wand-, Kuckucks- und Jockele - Uhren, Aktenaschen, Koffern, Damenhandtaschen usw. Josef Schmitz, Stahlwarenhaus, Solingen, Lingmannstr. 6. (32-1068)

Biete: Gut erhaltene Herrenarmbanduhr. Suche: Wolledecke u. 1 Paar Damenschuhe, Größe 41. Angebote unt. Nr. 12-136 Agentur UNSER TAG, Bühl, Baden, Eisenbahnstr. 8, Tel. 461.

Biete Herrenfahrtdr. kpt. bereift, suche gleichwertiges Damenfahrzeug. Suchen: Schriften unter 32-1074 u. T., Offenburg, Postfach 361.

Briefmarken

Briefmarken-Preisliste kostenlos. Otto Kühne, (1) Berlin-Karlshorst 542, Trautenaue Str. 18. Fachgeschäft seit 25 Jahren. (A-10-1)

Suche Briefmarken! Biete f. franz. Satz 80 RM.; 10 Pfg. 28 RM.; 1 M. (Goethe) 20 RM.; 2 u. 5 M. 30 RM. Ang. an P. 156 Anz.-Verw. Koetter, Wiesbaden, Wagemannstr. 3. (A-10-14)

Briefmarken! Biete an: Leipziger Herbstmesse 47 2 W. RM 2.-; Saar 20 W. RM 75.-; Pfalz 2 W. RM 6.40; Württemberg 6 W. RM 5.98. Lief. geg. Kasse voraus zu züglich Porto. Preisliste gratis. Briefmarkenfachgeschäft A. Kohler, Inh. H. Moser, (14a) Stuttgart-N., Dornbuschweg 14. (A18)

Briefmarken - Spezial-Sammlungen sowie Blocks aller Länder! viele Länder komplett lieferbar! postfrisch gestempelt! auf Brief! seltene Abstempelungen! Flugpostbriefe! Neuheiten! geschlossene Sätze! Selteneiten! An- und Verkauf jederzeit! Anfragen: Rückporto! Buchhändler Peter Müller, (12b) Tegernsee (Obb.), Postschloßbach 5. (A7-44)

Unterricht

Der Geschäftsmann, welcher über eine den gesetzl. Vorschriften entsprechende ordnungsmäßige Buchführung verfügt, wird bei der Steuerberechnung immer im Vorteil sein gegenüber demjenigen, der eine solche nicht besitzt...

werden elektrochemisch wieder vollwertig geschärft. Schärfung von kleinen und kleinsten Feilen ohne Beeinträchtigung des Stahlmaterials und der Härte. Wiederholte Schärfung der gleichen Feilen möglich. 30% Ersparnis gegenüber dem Neuwert. Lieferung innerhalb kürzester Frist. Verlangen Sie kostenloses Prospekt.

Karl Stark Werkstätte f. chemische Entrostung und Feilenschärfung, Freiburg i. B. Brsg., Güterhallenstraße 11. (A14-212)

Geschäftliches

Infolge der angeordneten Stromschränkung werden unsere Schalter vom 1. November 1947 an erst um 8.30 Uhr geöffnet. (32-1047)

Banken und Sparkassen

„Weltwoche“. Eine neue reich illustrierte Halbmonatszeitschrift im Stile der schweizerischen „Weltwoche“, bringt die Pressestimme der Welt und die deutsche Meinung in interessanter leicht lesbarer Form und viel Humor aus den bekanntesten Weltblättern. Ersten Interessenten steht ein Probeheft gerne zur Verfügung. Bestellung an den Auslieferer: (32-912)

KOCKS ZEITSCHRIFTEN

17b Radolfzell/Bodensee.

Türschilder, Klingelschilder, Briefkastenschilder liefert Karl Schäfer, Villingen/Schw. (A-14-228)

Achtung!

Die seit 1831 bestehende Geldschrankfabrik JOHANN GEERCKEN hat ihren Betrieb in ihrem Zweigwerk Schussenried wieder aufgenommen und führt Reparaturen an Panzer- und Geldschränken sowie Stahlschränken, auch an bombenbeschädigten, soweit reparaturfähig, aus. Neuanfertigung gegen Eisenbezugsrechte. Ankauf gebrauchter Kassen- u. Stahlschränke, Stahlkassetten. Geldschrankfabrik Johann Geercken, Werk Wasserburg, Wasserburg/Bodensee Ruf Lindau 2692.

Liebe Hausfrau, merke Dir: pfleg die Schuh mit „Kavalier“. Verschwend jedoch die Paste nicht, denn Sparsamkeit ist heute Pflicht! (A18-8)

Nichttraucher in 3 Tagen. Auskult kostenlos. Laboratorium Hans a. Friedrichshagen L 3 bei Berlin. (32-669)

Feilen

werden elektrochemisch wieder vollwertig geschärft. Schärfung von kleinen und kleinsten Feilen ohne Beeinträchtigung des Stahlmaterials und der Härte. Wiederholte Schärfung der gleichen Feilen möglich. 30% Ersparnis gegenüber dem Neuwert. Lieferung innerhalb kürzester Frist. Verlangen Sie kostenloses Prospekt.

Karl Stark Werkstätte f. chemische Entrostung und Feilenschärfung, Freiburg i. B. Brsg., Güterhallenstraße 11. (A14-212)

FREIBURGER VERANSTALTUNGEN

Casino-Lichtspiele

Bis einschl. Donnerstag, 30. Oktober 1947: „Das Mädchen für Alles“ mit Grethe Weiser, Ralph Arthur Roberts, Rud. Platte usw. Neueste Wochenschau. - Jugendfrei.

Ab Freitag, 31. Oktober 1947: Ein hochdramatischer, deutscher Spitzenfilm „Der große Schatten“ mit Heinrich George, Heidemarie Hatheyer, Will Quadflieg. Neueste Wochenschau. - Jugendfrei ab 16 Jahre. - Spielzeiten: täglich 14.15 u. 16.30 Uhr; Sonntags: 10 und 12 Uhr; Montags: 14.15, 16.30, 18.45 u. 21 Uhr.

Harmonie-Lichtspiele

Nur noch bis einschl. Donnerstag! Ein Blick zurück Ein Lebensrückblick mit Rudolf Forster, Hilde Wolfner, Gustav Diessl, Hilde Körber, Hermann Thimig, Charlotte Thiele. - Jugendfrei -

Ab Freitag!

Unter Ausschluß der Öffentlichkeit mit Olga Tschechowa, Ivan Petrovich, Sabine Peters, Alfred Abel, Ursula Herking, Berthold Ebbecke, Margit Symo. Regie: Paul Wegener. - Jugendverbot. Täglich: 14.15, 16.30, 18.45 Uhr; Dienstag, Mittwoch und Freitag auch abends 21 Uhr. - Vorverkauf täglich v. 10-12 Uhr. (78)

Union-Theater

Nur noch bis einschl. Donnerstag! Seine Tochter ist der Peter Ein Filmwunder nach dem Roman von E. Zellweger mit Karl Ludwig Diehl, Olga Tschechowa, Maria Andersgast, Paul Höbiger, Traudl Sta. k., Frieda Richard, Landschaftsaufnahmen aus dem Salzammergut. - Jugendfrei.

Ab Freitag!

QUAX DER BRUCHPILOT Ein heiterer Fliegerfilm mit Heinz Rühmann, dem Meister des Filmhumors, Harry Liedtke, Hilde Sessak, Beppo Brem, Elga Briek, Lothar Firmans, Karin Himboldt. - Jugendfrei. Täglich: 14.30, 17.00, 19.30 Uhr. Vorverkauf tägl. ab 13 Uhr. (77)

Friedrichsbaun-L'spiele

Bis einschl. Donnerstag, 30. 10.: „Liebespremiere“ Darsteller: Hans Söhrker, Kirsten Heiberg, Fritz Odemar, Charlotte Daudert. Jugendverbot bis 16 Jahre.

Ab Freitag, 31. 10. 47 zeigen wir

einen Film voll Spannung, Tempo und Abenteuer „ORIENT EXPRESS“ Darsteller: Siegfried Breuer, G. Wolf usw. Jugendfrei. Neueste IFA-Wochenschau, Spielzeiten: Mo. Die. Mi. Fr. jeweils 14.15 u. 16.30 Uhr. Do u. Sa nur 14.15 Uhr. Vorverkauf: 10-12 und ab 13.30 Uhr an der Tageskasse.

Eigenheim

und einfache Möbel durch Selbsthilfe. Näh. durch „Das Zeichenbüro“, Abt. Bau- und Möbeltechnik. Hamburg 11, Brandstwieler 110

Achtung! Tabak-Kleinpflanzer!

Die Umtauschstelle für den Bezirk Freiburg-Stadt und Freiburg-Land für Kleinpflanzer tabak befindet sich bei der Firma Eduard Schondelmaier, Zigarrenfabriken, Hugstetter u. im Zigarrenhaus Peter Bieber, Freiburg, Eisenbahnstr. 31. Zigarrengeschäft Breh, Bad Krozingen, am Bahnhof, Zigarrengeschäft Epple, Waldkirch, Lange Straße 59.

Umtausch beginnt 1. November und endet am 31. Januar 1948. Es kann täglich umgetauscht werden und die Fertigung kann sofort nach Wunsch in Zigarillos, Zigarren, Zigaretten, Feinschnitt od. Krüllschnitt mitgenommen werden. Der Rohstoff muß in trockenem, gebündeltem Zustand abgeliefert werden. - Ausweiskarten sind mitzubringen. (32-1048)

Eduard Schondelmaier, Zigarrenfabriken, Hugstetter.

Schädliche Insekten am Raps!

Erdröhe und die Larven der Rapsblattwespe für die Hauswirtschaft. Jeder Schnitt ein Maßschnitt. Sie können damit alle Garderobe und Wäsche für jede Figur, auch für Kinder u. Wäsche für den Herrn herstellen. Das lästige Anprobieren fällt fort. 86 neueste Modelle mit über 500 Einzelstücken u. 40 Maßen für alle Ober- und Hürtweiten. Einmalige Anschaffung Preis RM 8.65 u. RM 1.- f. Porto u. Nachnahme zu beziehen durch Alma-Mode, (142) Ludwigsburg 95 Postf. 143 (A12-11)

Der Pflanzenschutzmann der C. E. L. A. Freilheim. (A22-84)

